

Aus die Maut

Gestern Abend war ich zu müde, um noch etwas über Maut und „Mietendeckel“ zu schreiben. Ich hatte aber eine unruhige Nacht, weil ich befürchtete, dass die „taz“ die gleiche Überschrift wie wir verwenden würde. Glück gehabt: „Mautsch!“ titelt heute die „taz“. „Aus die Maut“ können wir also getrost plagiatsfrei über diesen Artikel schreiben.

Als ich, wann immer es war, durch einen dieser unsäglichen CSU-Verkehrsexperten im Ministerrang von den Maut-Plänen erfahren habe, hatte ich schwerste Bedenken, ohne etwas von europäischem Recht zu wissen oder zu verstehen. Dass eine Maut eingeführt werden kann, die nur Ausländer betrifft, weil ja die einheimischen Autofahrer die Gebühren über die Kfz-Steuer erstattet bekommen sollen, habe ich mir nicht vorstellen können. Letztlich ist es so gekommen, weil manchmal auch Logik Grundlage juristischer Entscheidungen ist. Ich frage mich nun, ob es im Verkehrsministerium keine Rechtsabteilung gibt, die das Vorhaben hätte prüfen können. Das Lieblingsprojekt von Herrn Dobrindt ist so abwegig, dass man schon sehr naiv sein muss, um an eine Realisierung glauben zu können. Sicherlich wird der amtierende Verkehrsminister Scheuer bald eine neue Idee präsentieren, um auf deutschen Autobahnen abkassieren zu können. Letztlich werden diejenigen, die schon durch ihre regulären und die Kfz-Steuer die Autobahnen finanziert haben, für deren Nutzung extra blechen müssen. Das ist genauso falsch wie die 28,80 Euro für den Personalausweis. Ein Personalausweis sollte zur staatlichen Grundausstattung jedes Bürgers gehören. Er wird ausgestellt von einer Behörde, deren Equipment und Personal der Bürger mit seinen Steuern schon bezahlt hat. Man zahlt hierzulande für alles doppelt und dreifach.

Deckel drauf und durch

Über die Maut regt sich kaum jemand in Berlin auf. Wir haben ein neues Thema, das die Medien beschäftigt, nachdem die nicht landen dürfenden Rosinenbomber wieder zurückgefliegen sind. Und wieder eines, das Berlin bundesweit in die Schlagzeilen bringt.

Es kann dem Senat in Gänze oder einzelnen Punkten mit dem „Mietendeckel“ so ergehen wie der CSU mit der Maut. In unserem Land bestimmen schon längst die Gerichte, was machbare Politik ist, nicht die Regierungen oder Parlamente. Wenn auch die Vermieter nichts am „Mietendeckel“ verdienen werden, so doch die Rechtsanwälte, die die zahllosen Klagen auf den Weg bringen. In Berlin regiere der Wahnsinn, empören sich die Wohnungsgenossenschaften.

Bisher war nur von Mietenwahnsinn die Rede. Die Medien drehen sich die Sache mal wieder so hin, wie es ihnen passt. Zuerst wird monatelang der Senat angezählt, weil er nichts gegen diesen „Mietenwahnsinn“ unternimmt. Jetzt probiert er ein Instrument aus und die Medien schwenken um. Wurden zuerst die Mieter in Schutz genommen, findet man jetzt verständnisvolle Worte für die Wohnungswirtschaft. Es ist wirklich schwer, es allen recht zu machen.

Der „Mietendeckel“ sei das „falsche Instrument“, schreibt MoPo-Chefin Christine Richter. Mag sein. Aber gibt es bessere? „Der Mietendeckel bringt den Wohnungsmarkt zum Erliegen“, prognostiziert CDU-Fraktionschef Burkard Dregger. Dass nur Wohnungsneubau die Situation entschärfen kann, weiß jeder. Es werden aber Wohnungen gebaut, aber nicht genug, vor allem deswegen, weil die Ressourcen fehlen. Morgenpost-Chefreporter Joachim Fahrn hat eine geradezu geniale Idee: „Dieselben Mitarbeiter (*die den Mietendeckel kontrollieren sollen*) könnten doch in der gleichen Zeit viel besser Baugenehmigungen ausstellen und so einen Beitrag gegen die Wohnungsnot leisten.“ Zur Ausstellung von Baugenehmigungen gehört nun aber leider ein wenig mehr als Kontrollfunktionen wahrzunehmen.

„Wir brauchen konkrete und nachhaltige Lösungen statt populistischer Feinbild-Politik: eine mietsenkende Neubau-Offensive, die Halbierung der Grundsteuer und die Einführung eines Mieten-TÜVs zur effektiven Kostenkontrolle“, sagte FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja. *Quelle: Berliner Morgenpost*

Das eine schließt ja das andere ja nicht aus. Natürlich werden durch den „Mietendeckel“ nicht mehr Wohnungen entstehen, aber vermutlich auch nicht weniger. Und immer das Schreckgespenst der Investorenfeindlichkeit an die Wand zu malen, hat auch wenig Wirkung gezeigt. Neubauten sind vom „Mietendeckel“ nicht betroffen. Warum sollten also Investoren nicht neue Wohnungen in Berlin errichten wollen. Der „Mietendeckel“ schafft, und da bin ich mit der neu gestylten Bausenatoren mal einer Meinung, eine Erholungspause für die Mieter. Wer seine Miete durch die aggressive Aufforderung von Grund & Boden erhöhen wollte, hat dies getan. Viele andere nicht. Und alle werden die fünf Jahre überstehen. Ich habe 21 Jahre lang in einer Wohnung eines Privatvermieters gewohnt. 50 qm rund 500 Euro. In den 21 Jahren hat er einmal die Miete um 30 Euro erhöht, weil er trotz gestiegener Kosten zurechtkam. Von dieser Spezies gibt es viele in Berlin. Aber, Berlin wäre nicht Berlin, wenn es nichts zum Aufregen gäbe. Nach dem II. Weltkrieg und der Luftbrücke übersteht die Stadt auch den „Mietendeckel“.

Ed Koch